



Detlef Wetzel

Zweiter Vorsitzender der IG Metall

1. Mai: UNSER TAG. Gute Arbeit. Sichere Rente. Soziales Europa.

Rede auf der Kundgebung zum 1. Mai 2013 in Paderborn

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

morgen vor 80 Jahren haben die Nationalsozialisten die deutsche Gewerkschaftsbewegung zerschlagen.

Am 2. Mai 1933 besetzte und verwüstete die SA im ganzen Land Gewerkschaftshäuser, Büros und Wohnungen.

Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter wurden verhaftet, gefoltert und ermordet.

Wenn morgen an die vielen Opfer dieses Tages gedacht wird, dann geht es nicht nur um Erinnerung.

Dieser Gedenktag ist auch ein Tag der Mahnung und Verpflichtung:

Wir haben gelernt: Zersplitterung schwächt die Gewerkschaftsbewegung!

Wir haben gelernt: Ohne freie Gewerkschaften gibt es keine Demokratie!

Nur gemeinsam sind wir stark!

Aus dieser Einsicht sind die Einheitsgewerkschaften entstanden!

Gemeinsam kämpfen wir für eine freie, soziale und gerechte Gesellschaft!

- Rechtsextremes Denken,
- Rassismus,
- nationale Überheblichkeit,
- religiöser Fanatismus,
- sexuelle Diskriminierung,

haben in diesem Land keinen Platz, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Das sind soziale Ausgrenzungen, die uns als Gewerkschaft im Kern bedrohen.

Denn die Gewerkschaften bauen auf die Solidarität aller Beschäftigten.

Wir verfolgen also genau das entgegengesetzte Ziel, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Deshalb stellen wir uns auch gegen die braune Pest von rechts.

In Deutschland haben alte und neue Nazis keinen Platz!

Das gilt insbesondere für die NPD.

Ein Verbot ist überfällig, Kolleginnen und Kollegen!

Heute leben wir in einem freien Land mit relativem Wohlstand.

Das haben wir nicht zuletzt dem gemeinsamen Europa zu verdanken.

Ja, es läuft gerade viel in Europa schief.

Trotzdem dürfen wir nicht vergessen:

Schon mehr als ein halbes Jahrhundert lebt Westeuropa in Frieden.

Europa hat gerade uns Deutschen wirtschaftlichen Wohlstand gebracht.

Unsere Wirtschaft profitiert vom Euro wie kaum eine andere.

Über 60 Prozent des deutschen Exports gehen in die EU-Länder.

Wenn jetzt irgendwelche Neunmalklugen daher kommen,
eine neue populistische Partei gründen, die den Euro abschaffen will – denen kann
ich nur sagen:

Die Abschaffung des Euro würde unsere Währung rapide aufwerten.

Die Exporte brechen ein.

Auf einen Schlag hätten wir zwei Millionen Arbeitslose mehr.

Wenn das die Alternative für Deutschland ist – dann gute Nacht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Die deutschen Gewerkschaften bekennen sich zu Europa und zur gemeinsamen Währung.

Gerade weil wir das für richtig halten, kritisieren wir die aktuelle Entwicklung in Europa.

Die Antikrisenpolitik hat Europa in eine tiefe soziale Krise geführt.

Die Arbeitslosigkeit in den Euroländern liegt bei über zwölf Prozent!

In Griechenland und Spanien ist jeder Vierte arbeitslos!

Ganz besonders schlimm trifft es die Jugend.

In den südeuropäischen Ländern hat jeder zweite unter 25 Jahren keinen Job.

Das ist eine soziale Katastrophe!

Aber es ist keine Naturkatastrophe!

Das haben Menschen gemacht!

Menschen, die immer noch glauben über sparen und kürzen beim „kleinen Mann“ käme man zu wirtschaftlichem Erfolg.

Von Menschen, die sagen, wir haben jahrelang über unsere Verhältnissen gelebt und das müsse jetzt korrigiert werden.

Wer hat denn über seine Verhältnissen gelebt?

Bestimmt nicht die Rentnerinnen und Rentner, nicht die Hartz IV – Empfänger.

Bestimmt nicht die, die einmal im Jahr 14 Tage in Urlaub fahren oder sich alle paar Jahre eine neue Waschmaschine kaufen.

Und auch nicht die Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter, die Aufstockerinnen und Aufstocker oder die prekär Beschäftigten.

Es sind die „Hoeneße“ dieser Republik,

- die Bestverdienenden,
- die Vermögenden,
- die Banker und die Spekulanten,

die über ihre Verhältnisse gelebt haben und sich noch als Opfer begreifen.

Frau Merkel hat aus Weimar nicht gelernt.

Denn die werden geschont oder gar bei der hemmungslosen Zockerei auf den Finanzmärkten unterstützt!

Das ist doch der Skandal!

Wann haften denn endlich die Banken für die Krise?

Wann gibt es denn endlich eine vernünftige Besteuerung höchster Einkommen?

Wann werden denn endlich die Steueroasen trocken und die Steuerflüchtigen in Handschellen gelegt?

Hier muss doch endlich mal rangegangen werden!

Und nicht bei denen, die ohnehin schon zu wenig zum Leben haben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir wollen ein Europa, bei dem diese Menschen im Mittelpunkt stehen – und nicht die Reichen!

Wir wollen ein Europa, das auf Wachstumsprogramme setzt - und nicht auf Sparpolitik!

Wir wollen ein Europa, das die Finanzmärkte reguliert - und nicht nur das freie Spiel der Märkte unterstützt!

Wir wollen ein Europa, das demokratisch ist, in dem die Politik bestimmt – und nicht die Unternehmen und die Banken!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch in Deutschland wurde der Sozialstaat zusammengestutzt.

Vor zehn Jahren wurde die Agenda 2010 vorgestellt.

Jetzt gibt es einige, die sagen, diese Reformen hätten dazu geführt, dass Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern so gut dasteht.

Mit Verlaub, das ist ausgemachter Blödsinn:

Wir sind so gut durch die Krise gekommen, weil wir Kurzarbeit genutzt und gute Tarifverträge abgeschlossen haben.

Wir stehen so gut da, weil die Nachfrage von China und den Schwellenländern nach deutschen Produkten steigt und deshalb Arbeitsplätze aufgebaut werden.

Da hat die Agenda nichts mit zu tun.

Ja, Ende letzten Jahres hatten fast 42 Millionen Menschen in Deutschland einen Job.

So viele wie noch nie.

Wie immer im Leben lohnt auch hier der zweite Blick.

2012 lag die Zahl der deutschlandweit geleisteten Arbeitsstunden bei 58,1 Milliarden.

Das sind lediglich 0,3 Prozent mehr als im Jahr 2000.

Das zeigt:

Diese Politik hat sichere Vollzeitjobs in viele kleine, prekäre Billigjobs umgewandelt.

Der Niedriglohnbereich wuchs rasant und liegt mittlerweile bei 24 Prozent.

Der Anteil der „Working Poor“ ist seit 2004 in keinem anderen Land in Europa so stark angestiegen wie in Deutschland.

Das ist die Wahrheit – und nichts anderes.

Da kann auch die Fälscherwerkstatt der FDP nichts dran ändern.

Mit der Streichung von Schlüsselstellen aus dem Armuts-und Reichtumsbericht der Bundesregierung hat Herr Rösler versucht, Armut in Deutschland zu beseitigen.

Hier einige Kostproben:

„Die Privatvermögen in Deutschland sind sehr ungleich verteilt“ – gestrichen.

„In Deutschland arbeiteten knapp über vier Millionen Menschen für einen Bruttolohn von unter sieben Euro.“ – gestrichen.

„Die Einkommensspreizung hat zugenommen“ – gestrichen.

Das ist das Niveau auf dem die FDP Politik macht!

Ganz so einfach beseitigt man Armut dann aber doch nicht, Herr Rösler!

Da muss man schon etwas mehr tun!

Wie wäre es denn zum Beispiel damit, die immer wiederkehrenden Versuche Betriebsratswahlen mit unlauteren Mitteln zu verhindern, deutlich härter zu bestrafen als heute?

Das ist kein Kavaliersdelikt!

Da werden Menschen ihrer demokratischen Rechte beraubt.

Darum: Wann wird denn endlich der erste Geschäftsführer, der das tut, mit Gefängnis bestraft?, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Oder die Betriebe, die Mindestlohn unterlaufen?

Da werden zum Beispiel Minijobs vergeben, die Beschäftigten müssen aber länger arbeiten, ohne dass Mehrstunden bezahlt werden.

Jedes Jahr werden so Milliarden an Löhnen, Urlaubsvergütungen, Steuern und Sozialbeiträgen unterschlagen.

Auch das ist kein Kavaliersdelikt!

Und das sollte härter bestraft werden!

Wird heute mal jemand erwischt, kann er die Strafen meistens aus der Portokasse zahlen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das muss verschärft werden. Wer so etwas tut gehört in den Knast!

Die Politik muss auch mal den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern unter die Arme greifen.

Und sich nicht ständig zum Steigbügelhalter der Unternehmen in diesem Land machen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir als Gewerkschaften tun, was wir können.
Zum Beispiel bei der Leiharbeit.

Wir haben vor fünf Jahren eine Kampagne „Gleiche Arbeit – gleiches Geld“ gestartet.

Der lange Atem hat sich gelohnt.

In der Stahlindustrie haben wir „Gleiche Arbeit - Gleiches Geld“ per Tarifvertrag gesichert.

Wir haben in der Metall- und Elektroindustrie die Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte bei der Leiharbeit gestärkt und Branchenzuschläge vereinbart, die eine deutliche finanzielle Verbesserung für die Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter bringen.

Das ist Politik für die Menschen!

Und damit werden wir weitermachen!

Das nächste Thema, das wir angehen, sind die Werkverträge!

Auch hier muss der Missbrauch gestoppt werden.

Da gliedern Unternehmen immer mehr Bereiche aus, die ursprünglich mal zur Wertschöpfungskette gehört haben, nur weil sie ein Ziel verfolgen – alles möglichst billig machen.

Wer gestern als Festangestellter noch 3.000 Euro verdient hat, weil das per Tarifvertrag und durch die Mitbestimmung so geregelt war, bekommt heute als „Werkvertragsarbeitnehmer“ nur noch 1.500 Euro, obwohl er die gleiche Arbeit macht.

Weil es keine Tarifverträge gibt.

Und weil es oft noch keine Mitbestimmungsstrukturen gibt.

Da schreit die Ungerechtigkeit ja zu Himmeln!

Und darum werden wir das ändern, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir brauchen dringend eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt!

Aber Gewerkschaften können natürlich nicht alle Fehlentwicklungen alleine beseitigen.

Die Politik ist gefordert, dem Arbeitsmarkt eine neue Ordnung zu geben.

Dabei ist es mit Einzelmaßnahmen nicht getan.

Angesichts der Dimension des Problems braucht es ein Zusammenwirken vieler Maßnahmen.

Erstens: Deutschland braucht einen Mindestlohn.

Überall gibt es ihn und nirgends schadet er.

Nur bei uns wird der Untergang des Abendlandes prophezeit wenn er denn nun eingeführt würde.

Zweitens: Wir brauchen auch angesichts des anstehenden Fachkräftemangels ein neues Leitbild von guter Arbeit und eine Qualifizierungsoffensive!

Mit Billiger-Strategien wird Deutschland im Innovationswettbewerb keine Chance haben!

Drittens: Wir brauchen die Regulierung der Leiharbeit – gleiche Arbeit - gleiches Geld – gleiches Recht.

Die Zweiklassengesellschaft auf dem Arbeitsmarkt muss beendet werden.

Dazu muss – viertens - auch der Missbrauch von Werkverträgen gestoppt werden!

Fünftens brauchen wir die Stabilisierung des Tarifsystems durch die Erleichterung von Allgemeinverbindlichkeitserklärungen.

Das Tariftreuegesetz muss gestärkt werden.

Und schließlich brauchen wir ein Verbandsklagerecht bei Gesetz- und Tarifverstößen und die Stärkung individueller Beschwerderechte der Beschäftigten.

Gute Arbeit sicher und fair ist möglich!

Man muss es nur wollen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Das gilt auch für das nächste Thema: Die Rente!

Wie kommen wir gesund in Rente und können dann sorgenfrei leben?

Das ist die Frage, die die Menschen aller Generationen bewegt.

Denn Stress und Leistungsdruck nehmen immer weiter zu.

Es werden immer höhere Anforderungen gestellt und immer höhere Einsatzbereitschaft eingefordert.

Und das alles soll man bis 67 durchhalten.

So will es die Politik.

Und so wollen es die Arbeitgeber!

Wir wollen das nicht!

Weil wir wissen:

Das werden viele nicht schaffen!

Und das bedeutet dann, dass sie früher raus müssen.

Mit erheblichen Abschlägen bei der Rente!

Altersarmut droht zum Massenphänomen zu werden!

Nur weil hier gespart werden soll, damit man vielleicht den Reichen noch das ein oder andere Steuergeschenk hinterherwerfen kann.

Das ist zynisch!

Das ist nicht zu akzeptieren!

Darum fordern wir von der Politik: Schluss mit der Rente mit 67!

Wir brauchen flexible und faire Ausstiegsoptionen.

Wer nicht mehr kann, muss gehen können, ohne dass er arm wird!

Und wir fordern von den Unternehmen, der Arbeit wieder ein gesundes Maß zu geben.

Das gilt sowohl für die Fertigung als auch für die Arbeit im Büro.

Wir brauchen Arbeitsplätze, auf denen man gesund alt werden kann, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Politik muss für die Menschen da sein - und nicht für die Wirtschaft.

Die Gewerkschaften haben ihren Anteil daran geleistet, dass es gerechter zugeht in der Gesellschaft.

Zum Beispiel mit unseren Tarifverträgen.

Die Leiharbeit habe ich genannt – die Übernahme nach der Ausbildung könnte ich hinzufügen.

Das haben wir im letzten Jahr geregelt.

Aber auch in diesem Jahr haben wir bereits Erfolge vorzuweisen.

In der Holz- und Kunststoffindustrie haben wir einen Tarifabschluss über drei Prozent gemacht, der seit März gilt.

Drei Prozent mehr gibt es auch in der Stahlindustrie.

Im Bauhauptgewerbe steigen die Löhne und Gehälter ab heute um 3,2 Prozent.

Im öffentlichen Dienst gibt es seit Jahresbeginn 2,65 Prozent mehr und weitere 2,95 Prozent ab Anfang 2014.

Und in einer der wichtigsten Branchen, in der Metall- und Elektroindustrie, stehen wir gerade mitten in einer Tarifbewegung.

Wir fordern 5,5 Prozent für 12 Monate.

Leider müssen wir feststellen:

Die Arbeitgeber wollen scheinbar den Konflikt!

Mit großer Geste bieten sie uns eine dreifache Nullnummer an:

Erster Monat: Nichts!

Zweiter Monat: Nichts!

Danach 2,3 Prozent für die 11 Monate!

Auch das ist nichts!

Denn das macht für die Gesamtlaufzeit von 13 Monaten gerade mal ein Plus von 1,9 Prozent – und deckt damit noch nicht mal die Preissteigerung ab!

Gesamtmetallchef Dulger sagt zu dieser Nullnummer – ich zitiere:

„Wir beteiligen unsere Mitarbeiter verlässlich und fair.“

Ich sage:

Wenn das verlässlich und fair ist, dann haben auch die Steuerhinterzieher den Fiskus verlässlich und fair an ihrem Vermögen teilhaben lassen.

Deshalb ist das indiskutabel!

Wenn es nach den Arbeitgebern geht, ist nie Zeit für eine ordentliche Gehaltssteigerung.

Wenn die Wirtschaft brummt, dann heißt es:

Es gibt nicht viel, weil das den Aufschwung stoppt.

Wenn es nicht so läuft, dann kann es nichts geben, weil das den Aufschwung verhindert.

Seltsam ist nur:

Wenn mal wieder ein Vorstand eines großen Unternehmens die Vorstandsbezüge erhöht, findet diese Schwarzmalerei nicht statt.

Im Gegenteil:

Dann heißt es:

Wenn es einem Unternehmen und dem Standort Deutschland gut gehen soll, dann muss es auch den Managern sehr gut gehen!

Was gemeinsam erarbeitet wird, muss auch gemeinsam verteilt werden.

Lasst uns dafür kämpfen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Und je mehr wir sind, desto erfolgreicher werden wir sein.

In der politischen Auseinandersetzung.

Für „Gute Arbeit“.

Für „eine sichere Rente“.

Und für ein soziales Europa!

Aber auch in der Tarifpolitik.

Für gute Löhne!

Darum geht zu den Menschen und sagt ihnen:

Macht bei uns mit!

Jeder muss sich einmischen!

Jeder muss um seine Zukunft kämpfen.

Geht zu den Kolleginnen und Kollegen in Betrieb und Verwaltungen, die noch nicht Mitglied sind, und sagt ihnen:

Du kannst dich nicht verstecken oder rausreden.

Du kannst wählen:

Gewerkschaft oder nicht Gewerkschaft!

Die Alternative heißt dann aber auch:

Gute Arbeit oder aber Lohndumping!

Gute Arbeit oder aber prekäre Beschäftigung!

Gute Arbeit oder aber Arbeit die krank macht!

Geht zu ihnen und sagt:

„Ja, ich habe mich entscheiden. Ich bin in der Gewerkschaft! Warum du eigentlich nicht?

Gute Arbeit und ein gutes Leben kommen nicht von alleine.

Gute Arbeit gibt es nur aktiv!

In einer starken Gemeinschaft!

Mit einer starken Gewerkschaft!

Glück auf!